

An den
 Vorsitzenden des Betriebsausschusses
 des Abfallwirtschaftsbetriebes
 Herrn Götz Bacher

Herrn
 Oberbürgermeister Fritz Schramma

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 16.12.2008

AN/2550/2008

Änderungs- bzw. Zusatzantrag gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Betriebsausschuss des Abfallwirtschaftsbetriebes der Stadt Köln	17.12.2008

2. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungssatzung - StrReinS)

Sehr geehrter Herr Bacher,
 sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die CDU-Fraktion bittet, folgenden Änderungsantrag zur 2. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungssatzung – StrReinS -) auf die Tagesordnung der Sondersitzung des Betriebsausschusses des Abfallwirtschaftsbetriebes der Stadt Köln am 17.12.2008 zu setzen:

Beschluss:

Der Rat beschließt die 2. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungssatzung – StrReinS -) mit Ausnahme der Erhöhungen der Gebührensätze in § 8 Abs. 1.

Begründung:

In wirtschaftlich schlechter werdenden Zeiten kann den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt keine weitere Steigerung öffentlicher Abgaben zugemutet werden. Deshalb sind weitere Gebührenerhöhungen, denen sich die Menschen nicht entziehen können, abzulehnen.

Die vorgesehene „Null-Runde“ ist auch unter Beachtung der Vorgaben des § 77 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (Vorrang leistungsbezogener Entgelte vor Steuern) finanzierbar. Eine etwaige Deckungslücke im Gebührenaufkommen geht zunächst zu Lasten des städtischen Haushaltes. Dieses Defizit kann z. B. durch eine höhere Gewinnausschüttung des Stadtwerkekonzerns ausgeglichen werden. Allein das voraussichtliche Jahresergebnis

2008 der AWB Abfallwirtschaftsbetriebe Köln GmbH & Co. KG wird voraussichtlich über 8,5 Mio. € betragen. Damit wird das prognostizierte Ergebnis um rd. 1,6 Mio. € übertroffen. In schwierigen Zeiten ist Solidarität gefordert. Es ist Aufgabe verantwortlicher Politik dafür Sorge zu tragen, dass die privaten Haushalte nicht ohne Not belastet werden.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

Josef Müller
Fraktionsgeschäftsführer